



Petition 37841

Lärmschutz im Luftverkehr - Verschiebung der Abstimmung über den Staatsvertrag zum Flughafen Zürich

Text der Petition	Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die Abstimmung über den Staatsvertrag über die Auswirkungen des Flughafens Zürich auf das deutsche Hoheitsgebiet so lange zu verschieben bis vorher eine Untersuchung die Umstände, unter denen dieser Staatsvertrag plötzlich nach jahrzehntelangen Verhandlungen und guten Fortschritten kurz vor dem endgültigen EuGH-Urteil in größter Eile geschlossen werden soll, geklärt hat, sowie den Staatsvertrag in seiner jetzigen Form zurück zu ziehen.
Begründung	Gegenüber allen bisher ergangenen Urteilen und den jetzt geltenden Bestimmungen wird die deutliche Absenkung der Mindesthöhe für Anflüge um 1.200 m, also um 33% von 3.600 m NN auf 2.400 m NN mit 16-facher Mehrbelastung beim Lärm gegenüber der geltenden Regelung für Süddeutschland ohne Beschränkung ohne Nachtflugverbot und bis 2030 fest geschrieben. Es gibt keinen aktuellen Anlass für die Änderung der bestehenden Bestimmungen. Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer hat die deutsche optimale Verhandlungsposition zur Disposition gestellt und über die wahren Ziele und Inhalte des Staatsvertrages nicht informiert. Gefordert wird, die von der Sache her völlig unnötige Eile, Geheimhaltung, vorzeitige Fixierung des paraphierten Vertragstextes und fehlende Einbeziehung der bisher schon in Verhandlungen seit 1980 bis 2009 erreichten Verbesserungen für die Region zu untersuchen.